

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 139 (1973)
Heft: 12

Rubrik: Zeitschriften

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeitschriften

Technische Mitteilungen für Sappeure, Pontoniere und Mineure

Trichtersprengungen auf Militärflugplätzen

Während der FF-Manöver 72 war eine Sappeurkompanie mit Trichtersprengungen auf Militärflugplätzen beauftragt. Der Einsatzraum erstreckte sich über ein Gebiet von 120 auf 80 km. Die Größe des Einsatzraumes und die Durchführung weiterer Aufträge bedingten eine gutdurchdachte Organisation der Kompanie und die Bereitstellung von genauen Arbeitsunterlagen. Dadurch konnten die in Phase 1 auszuführenden Ladearbeiten und die Zündung der Objekte (Phase 2) rechtzeitig und einwandfrei abgeschlossen werden.

Der technischen Vorbereitung und der Auswertung der Trichtersprengungen wurde großes Gewicht beigemessen. Anhand der bestehenden Theorien und von bisher ausgeführten Modellversuchen wurden die zu erwartenden Resultate sorgfältig berechnet. Die Auswertungen nach erfolgten Sprengungen bestätigten jedoch nur zu einem Teil die theoretisch ermittelten Resultate. Vor allem die Trichtertiefen waren wesentlich kleiner, als nach der Theorie zu erwarten gewesen wäre. Dagegen zeigte sich bei den Trichterdurchmessern eine gute Übereinstimmung.

(Heft 2, Juli 1973)



Ausländische Armeen

NATO

Vierpunkteplan für die künftige Verteidigung Europas

Einen Vierpunkteplan für die zukünftige Verteidigung Europas haben neun «NATO-Weise» am 2. Oktober der atlantischen Versammlung, dem Parlament der westlichen Allianz in Brüssel, vorgelegt. Der Bericht wurde gleichzeitig auch in Washington und Ottawa veröffentlicht. Darin schlagen neun namhafte europäische und amerikanische NATO-Parlamentarier eine größere Unabhängigkeit Westeuropas von den USA vor. Im einzelnen sieht der Plan vor: a) Sofortige Ausarbeitung von

Plänen für eine «Fusion» der atomaren und konventionellen Verteidigungswaffen der westeuropäischen NATO-Länder und Frankreichs, also auch der französischen und britischen Atomwaffen. Die Europäer sollten dadurch in den achtziger Jahren «in Zusammenarbeit mit den USA auf der Grundlage der Gleichberechtigung» für die gemeinsame Sicherheit sorgen können. b) Die schrittweise Übertragung von Sicherheitsverantwortung der USA auf die europäische Union der neun EG-Länder. c) Die jetzigen Allianzziele sollen weiterbestehen, doch wäre auch die Möglichkeit eines neuen Atlantikpaktes zu prüfen. d) In der Zwischenzeit sollen Großbritannien und Frankreich ihre Atomwaffenkapazitäten verbessern und mit den USA «zu verbinden versuchen». Zu diesem Zweck sollten eine engere Koordinierung und eine «gegenseitige technische Hilfe» auf dem Gebiet der Atomstreitkräfte eingeleitet werden. Das Projekt scheint vorläufig noch sehr theoretisch zu sein.

Leber warnt vor europäischer Atomstreitmacht

Der westdeutsche Verteidigungsminister Leber hat vor der «Gefahr» ausdrücklich gewarnt, die politische Integration Europas mit dem Problem einer europäischen Atomstreitmacht zu belasten. Leber betont, daß Europa unter dem Schutz der amerikanischen nuklearstrategischen Garantie stehe. Europas politische Zukunft beruhe auf der sicherheitspolitischen Aufgabengemeinschaft und Aufgabenverteilung zwischen den USA und Westeuropa.

Manöver «Reforger V» in Bayern

Am 10. Oktober begann in Bayern das deutsch-amerikanisch-kanadische NATO-Manöver «Reforger V», zu dem 2 amerikanische Brigaden mit etwa 11 000 Soldaten in die Bundesrepublik Deutschland eingeflogen wurden. An der Übung nahmen insgesamt 50 000 Soldaten, 255 Helikopter, 7200 Radfahrzeuge und 4000 Panzer und andere Kettenfahrzeuge teil. Bundeskanzler Brandt und Verteidigungsminister Leber begaben sich am 15. Oktober in das Manövergelände.

Bundesrepublik Deutschland

Eröffnung der Bundeswehrhochschulen in München und Hamburg

Am 1. Oktober haben die beiden umstrittenen Bundeswehrhochschulen in Hamburg und München ihren Betrieb aufgenommen. Nach einer Mitteilung des Bonner Bundesverteidigungsministeriums studieren dort heute nach der zweieinhalbjährigen Aufbauphase je etwa 300 Offiziere. Ein Studium ist an diesen Hochschulen in den Fächern Pädagogik, Wirtschaftswissenschaften, Elektrotechnik, Maschinenbau, Informatik, Bauingenieurwesen sowie Luft- und Raumfahrttechnik möglich. Man hofft, daß bis 1976 in München über 50 Professoren und in Hamburg etwa 40 Professoren lehren werden und daß dann an den beiden Hochschulen je etwa 2000 Offiziere immatrikuliert sein werden. Die Errichtung besonderer Bundeswehrhochschulen war vor allem von den Verbänden der Studenten und Assistenten in der Bundesrepublik kritisiert worden, die dahinter den Versuch witterten, ständige Bildungsstätten zu schaffen, die geeignet seien, die Bundeswehr von der übrigen Gesell-

schaft zu isolieren. Die Bundesregierung versicherte ihrerseits, es handle sich lediglich um eine Übergangslösung bis zu dem Zeitpunkt, an dem die traditionellen Universitäten in der Lage seien, auch für Soldaten ausreichende Studienmöglichkeiten zu bieten. Nach Auffassung der westdeutschen Rektorenkonferenz wäre dies freilich jetzt schon möglich.

Die BRD darf 1800-t-U-Boote bauen

In der Bundesrepublik Deutschland dürfen künftig nach einem Beschluß der Westeuropäischen Union (WEU) U-Boote bis zu 1800 t gebaut werden. 1954 hatte sich die Bundesrepublik verpflichtet, eine auf 450 t limitierte Tonnage für U-Boote einzuhalten, welche Grenze dann 1960 auf 900 t erhöht wurde. Die WEU gibt für die weitere Lockerung «technische Gründe» an; es seien zum Teil bei Aufträgen aus dem Ausland nur Teile von U-Booten in der BRD gebaut worden, die dann außerhalb der BRD zusammengesetzt werden mußten. Auch Frankreich hat der Aufhebung der Rüstungsbegrenzung, gegen die es sich während längerer Zeit gestäubt hatte, zugestimmt. Dafür soll die Überlegung maßgebend gewesen sein, daß ein Ausbau der Verteidigung Europas angesichts isolationistischer Tendenzen in den USA im gemeinsamen Interesse liege. z

Wiedereinführung von Militärgerichten

Die Wiedereinführung von Militärgerichten schlug der Richter am zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts, Fabian von Schlabrendorff, auf einer internationalen Diskussionsveranstaltung zwischen hohen Bundeswehr-offizieren und Richtern in Karlsruhe vor. Schlabrendorff behauptet, die Wiedereinrichtung von Militärgerichten würde auch vom Bundesverfassungsgericht begrüßt werden. Bis 1945 habe man mit solchen Gerichten gute Erfahrungen gemacht. Den Truppendienstgerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit der Bundesrepublik mangle es oft an den nötigen Kenntnissen, um soldatische Verfehlungen zu beurteilen. jst

Aufgaben der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist als Aufgabe den militärischen Führungsgebieten gleich. Sie muß wirksamer werden,

- weil die Sicherheitspolitik der BRD im Rahmen des nordatlantischen Bündnisses und die Bundeswehr in ihrer Bedeutung für die Friedenssicherung zunehmend nicht mehr richtig begriffen werden,
- weil die Bundeswehr das Vertrauen, das sie in weiten Kreisen des Volkes besitzt, kaum halten oder gar stärken kann, wenn sie ihrer Informationspflicht nur reagierend nachkommt,
- weil ausreichender Nachwuchs nur gewonnen werden kann, wenn die Öffentlichkeit über die beruflichen Aufgaben, Anforderungen und Möglichkeiten in der Bundeswehr intensiver unterrichtet wird.

Es sind daher Schwerpunkte der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu bilden.

Ziel der Öffentlichkeitsarbeit ist es, das Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheitspolitik der BRD, in die Wirksamkeit des Bündnisses und in die Bundeswehr zu stärken. Damit bildet sie zugleich die Basis einer erfolgreichen Personalwerbung.

In der Öffentlichkeitsarbeit sind folgende Grundsätze zu beachten: